

DKP-Informationen

Nr. 1/2016 - 29. Februar 2016

2.Tagung des Parteivorstandes 20./21. Februar 2016

Essen

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen
- Eigendruck -
Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Porto)

2. Tagung des Parteivorstands der DKP

20./21. Februar 2016, Essen

Inhalt

1. Tagesordnung
2. Referat
3. Beschlüsse
4. Nichtgefasste bzw. vertagte Beschlüsse
5. Vorlagen zur Kenntnis

Tagesordnung

- 1.) Eröffnung und Beschlusskontrolle
- 2.) Referat und Diskussion zur Friedenspolitik der DKP
Referent: Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP
- 3.) „Kommunistisches Netzwerk“
- 4.) Finanzen
- 5.) 19. UZ-Pressfest
- 6.) Themenplan des Parteivorstandes
- 7.) Wahl weiterer KommissionsleiterInnen
- 8.) Weitere Beschlussfassungen
- 9.) Schlusswort

2. Tagung des Parteivorstands der DKP

20./21. Februar 2016, Essen

(Unkorrigiertes Manuskript.
Es gilt das gesprochene Wort.)

Zur Friedenspolitik der DKP

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

vorweg, ich werde in diesem Referat kaum etwas zu den Vorwahlen in den USA sagen. Nur so viel, dass ich, so wohlthuend sich vieles bei Sanders anhört und so richtig es ist, zu sagen, dass dies offensichtlich macht, dass selbst in den USA bei einem Teil der Menschen etwas aufbricht, was auch Ansätze von Ausbruch beinhaltet, ich trotzdem vor Euphorie warne. Erinnern wir uns an die Euphorie im Zusammenhang mit der damaligen Wahl von Obama. Deutlich macht das doch, dass in den USA (aber auch bei uns) die Kräfte viel zu schwach sind, die solche Ansätze im Massenbewusstsein derzeit aufgreifen können, um sie in einen tatsächlichen Widerspruch zur Wurzel der Widersprüche zum kapitalistischen System bringen zu können.

Vielmehr scheint mir das aber auch bei einer weiteren Initiative das Problem zu sein. Hier vielleicht sogar, ob die Initiative selbst nicht von vornherein so angelegt ist, möglichen Widerspruch zum Kapitalismus direkt auf Nebenwidersprüche zu kanalisieren. Ich meine die medial und unter Mitwirkung von viel europäischer linker Prominenz verkündete Initiative DIEM25 zur Demokratisierung von Europa bzw. der EU. Das Paradigma dieser Gründung ist: Die EU muss erhalten werden, das geht nur durch Demokratisierung. Der Zerfall der EU bedeute den Rückfall in „Nationalismus, Extremismus und Rassismus“. Nun, Extremismus ist ein merkwürdiges Kriterium und mir scheint die Alternative doch auch einfach falsch. Man kann doch nicht die Überlegungen der Portugiesen zur Überwindung der Ausblutung an der Peripherie der EU als Nationalismus diffamieren. Der Demokratiebegriff bleibt völlig unbestimmt. Und ehrlich gesagt, viele, die jetzt euphorisch auf DIEM25 sehen, haben doch ihre Euphorie für Tsipras mit der Euphorie für DIEM25 vertauscht. Ich halte diese Initiative für inhaltlich Konfusion stiftend. Aus die-

sem Grund halte ich es auch derzeit nicht für möglich, sie als Eintrittskarte für Debatten zu nutzen, in die wir dann unsere Inhalte hineinbringen. Das kann sich ändern, wenn diese Initiative Masseneinfluss gewinnt, das will ich nicht ausschließen, aber auch dann erfordert es, dass wir unsere Inhalte hineinbringen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Eckpunkt der Aussagen von Leitantrag und Handlungsorientierung, die der 21. Parteitag beschlossen hat, ist, dass wir davon ausgehen, dass wir uns auf eine wachsende Aggressivität des deutschen Imperialismus nach innen und außen einstellen müssen und dass die Gegenkräfte, vor allem auch die Arbeiterbewegung, darauf schlecht vorbereitet sind.

Zugegeben, mit der Massivität und Schnelligkeit der Entwicklung, wie wir sie jetzt erleben, haben wir auch nicht gerechnet. Aber sie bestätigt leider unsere Einschätzung. Seit dem Parteitag, also in einem Vierteljahr, hat Deutschland seine Beteiligung am Syrienkrieg beschlossen und begonnen, über einen Militäreinsatz in Libyen zu diskutieren. Kriegsmministerin von der Leyen legt Pläne für ein Aufrüstungspaket für 130 Milliarden Euro vor, mit dem der weitere Umbau der Bundeswehr zu einer Offensivstreitmacht massiv forciert werden soll. Nicht zu vergessen, auch die Situation in der Ukraine ist weiter brandgefährlich.

Das alles geschieht quasi im Windschatten einer gewaltigen Steigerung von Rassismus in diesem Land, für die die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln ausgenutzt werden. Wir haben bereits auf unserer LL-Veranstaltung in Berlin gesagt, dass sexuelle Übergriffe widerwärtig und zu bestrafen sind. Wir haben gesagt, dass sie noch widerwärtiger sind, wenn sie von Rudeln von Männern begangen wer-

den. Noch widerwärtiger ist aber, was seitdem läuft. Diese Ereignisse beherrschten über Wochen die Medien, seitdem ist es völlig üblich, dass alle Straftaten, über die berichtet wird, ethnisiert werden, andere fallen unter den Tisch. So konnte man vor eineinhalb Wochen plötzlich hören, dass in Dortmund Haussuchungen bei Neonazis stattfanden, weil diese in der Silvesternacht Polizisten angegriffen hätten – ups, wurde darüber nicht berichtet, weil die Faschisten nicht wie sogenannte „Nordafrikaner“ aussahen?

Dieser Rassismus wird ausgenutzt, zur Spaltung der Klasse im Allgemeinen, zum Abbau der letzten Reste des Asylrechts, zum Abbau demokratischer Rechte, zum Ruf nach mehr Polizei und Überwachung im Konkreten. Wie schnell das alles geht, wird gerade auch in Frankreich demonstriert. Monatelanger Ausnahmezustand als Grundlage für Demonstrationsverbote, Hausdurchsuchungen, Bespitzelungen und Überwachung. Jetzt der Ausnahmezustand in der Verfassung, die Möglichkeit, die Staatsbürgerschaft abzuerkennen – also ein dramatischer Abbau von demokratischen Rechten unter einem Präsidenten, der sich Sozialist nennt, in wenigen Wochen in Gesetzesform gegossen; das ist schon eine neue Dimension.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in der Diskussion über Flucht und Flüchtlinge wird versucht, von den tatsächlichen Ursachen abzulenken. Man kommt zwar nicht drum herum, den Krieg in Syrien als Ursache zu benennen, immer noch wird aber vom Bürgerkrieg gesprochen und das, obwohl seit langem führende imperialistische Länder offen militärisch eingreifen, nachdem die vorherige verdeckte Unterstützung der sogenannten Opposition nicht zum Ziel führte. Verursacher des Ganzen ist natürlich das Assad-Regime. Keiner kann diesem zwar die Legitimität absprechen, egal – man muss ja nur lange genug medial wirken. Einen zusätzlichen Schuldigen hat man jetzt mit Russland. Dass der Einsatz Russlands der einzige ist, der, weil er auf Ersuchen der legitimen Regierung erfolgt, vom Völkerrecht gedeckt ist – egal.

Der Krieg in Afghanistan soll als Fluchtursache gar dadurch vertuscht werden, dass man zumindest Teile von Afghanistan zum „sicheren Drittland“ erklärt. Klar, die Bundeswehr ist ja vor Ort, da muss es ja sicher sein. Menschenverachtend ist das – aber viele Medien plappern den Unsinn nach.

In Libyen hat der imperialistische Krieg zur völligen Destabilisierung geführt, die staatliche Ordnung zerstört, den Menschen jegliche Perspektive genommen. Nein, es wird nicht über den ursächlichen Krieg oder gar Entschädigung für die Menschen, sondern über eine neue Militärintervention geredet.

Und wo es nicht die Kriege der Imperialisten sind, die Menschen zu Flüchtlingen machen, da ist es die imperialistische Ausbeutung. Sie zerstört die Natur und die natürlichen Lebensgrundlagen oder sie nimmt den Menschen ihre Existenzgrundlagen, indem z.B. die Fischgründe vor den Küsten Afrikas leergefischt werden. Diese Ursachen sind oftmals gar nicht strittig. Man muss sie ja auch nicht, wie wir, als zwingende Ergebnisse von Kapitalismus und Imperialismus bewerten, aber man muss sie benennen, als zentrale Voraussetzung, um Rassismus einzudämmen.

Das unterlässt aber leider der Text der „Allianz für Weltoffenheit“, der vor zwei Wochen als gemeinsame Äußerung von Kirchen, Wohlfahrtsorganisationen, dem DGB und dem Bundesverband der Arbeitgeber veröffentlicht wurde. Dies ist sicher sehr eindeutig ein Zugeständnis an den Arbeitgeberverband, denn wer Ursachen nennt, richtet auch den Blick auf die Verursacher und Profiteure und das sind eben unter anderem die Rüstungsindustrie, der Militärisch-Industrielle Komplex.

Das ist ein großes inhaltliches Problem dieses Textes und trotzdem sollten wir die Chancen nutzen, die uns dieser Aufruf gibt, um die Debatte in die Betriebe und Gewerkschaften zu tragen und dort zu versuchen, das Klima in eine antirassistische Richtung zu drehen.

Wir müssen dabei die komplizierte Situation im Massenbewusstsein erkennen. Perspektivangst ist beileibe kein Rassismus, kann aber Nährboden dafür sein. Wenn wir die Ängste und Befürchtungen vieler Menschen analysieren, dann müssen wir feststellen, dass dahinter durchaus ein feines Gespür steckt. Natürlich droht unter kapitalistischen Bedingungen der Zustrom von hunderten Tausenden Menschen in unser Land, die Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse zu verschärfen.

Natürlich ist davon auszugehen, dass auch die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt zunimmt. Die Gefahr von Mietsteigerungen und des Anwachsens von Armutsquartieren ist real. Wenn Menschen befürchten, dass auch

in dieser Situation die Lasten über die Kommunen auf sie abgewälzt werden sollen, dann haben sie Recht. Die Verschuldung vieler Kommunen wächst und bürgerliche Politik wird sie als Begründung für Kürzungen, Schließungen, Gebührenerhöhungen und Privatisierung nehmen. Und noch viel aktueller, in der Tarifrunde des öffentlichen Diensts wird das gegeneinander Auspielen vorexerziert. Die Kommunen werden finanziell mit den Auswirkungen der Unterbringung von Flüchtlingen weitgehend allein gelassen. Schon müssen die Flüchtlinge herhalten, um die Tarifforderung von ver.di als völlig überhöht zurückzuweisen.

Wir sehen also, dass die Perspektivängste vieler Menschen durchaus eine äußerst realistische Grundlage haben, aber die Verursacher sind eben nicht die Flüchtlinge, sondern die Verursacher der Flucht, das Kapital, seine Politiker, die führenden imperialistischen Länder. Die Furcht ist auch deshalb real, weil die Herrschenden die Flüchtlinge, die Fluchtsituation auch ausnutzen und von ihr noch mehr profitieren wollen, als nur an den gelieferten Waffen oder der Flüchtlingsindustrie, die sich schon gebildet hat.

Sie wollen profitieren, indem sie den zu niedrigen Mindestlohn angreifen, sie wollen profitieren, indem sie mit Rassismus die Spaltung in die Arbeiterklasse tragen, sie wollen profitieren, indem sie mit Demokratieabbau, dem Ruf nach mehr Polizei und Überwachung ihre innere Sicherheit für die nächsten Krisen verbessern.

Auch dazu nutzen sie die durchaus realen Ängste der Menschen, die leider oft den Fehler machen, weder nach den Nutznießern noch nach den Verursachern zu fragen. Diese durchaus realen Ängste sind der Hintergrund von Entwicklungen, wie wir sie wohl überall erleben, wie sie aber in den letzten Wochen hier in Essen doch für Aufsehen sorgten. Ihr habt es sicher mitbekommen, drei Essener Ortsvereine der SPD im Norden der Stadt wollten unter der Losung „Der Norden ist voll“ zu einer Demonstration aufrufen. Nach Intervention der Landes-SPD wurden diese Pläne zuerst gestoppt, die Essener-SPD-Vorsitzende konnte sich mit einer Distanzierung nicht durchsetzen, sie trat zurück. Führende Mitglieder dieser Ortsvereine arbeiteten als Privatpersonen an der Idee weiter. Am vergangenen Sonntag fand eine Demo statt, die relativ offen von ihnen mit vorbereitet wurde. Wir kennen einige der Handelnden recht gut, weil wir in manchen Kämpfen zusammenwirkten. Wir arbeiteten die

letzten Jahre zusammen in der Durchführung des 1. Mai auf Zeche Carl, neben der DGB-Kundgebung die größte Veranstaltung am 1. Mai in dieser Stadt mit tausenden Besucher, geprägt von internationalen Ständen, einem internationalen Programm, Antifaschismus und Antirassismus.

Bei diesen SPD-Mitgliedern kommt die möglicherweise unbewusste Bereitschaft, nach rechts aufzumachen, sicher auch daher, dass man nicht zugeben will, dass es die eigene Partei war, die mit Kriegspolitik und Hartz-Gesetzen die Grundlagen für Flucht und Perspektivangst gelegt hat. Vor allem aber sind sie eine Erscheinung der Entwicklung, deren Wesen ist, dass in unserem Land Klasseninstinkt verschüttet und Internationalismus nahezu beseitigt ist.

Daraus ergibt sich als unsere Problemstellung:

Wir müssen einerseits die Initiatoren des Rassismus isolieren und bekämpfen und müssen andererseits die, die drohen, ihm auf den Leim zu gehen, immunisieren. Die Verursacher sind natürlich führende Rassisten, wie Bachmann, Petry, führende AfD'ler und andere Rassisten und Faschisten. Initiatoren sind aber auch die Bundesregierung und das hinter ihr stehende Monopolkapital. Wir müssen deshalb die Ursachen von Flucht benennen, das reicht aber nicht. Unsere strategische Losung „Unsere Willkommenskultur heißt gemeinsam kämpfen“ ist richtig, reicht aber auch nicht. Sicher habt ihr in der UZ die Kommentare einerseits von mir und die Antwort von Genossen Lucas Zeise verfolgt. Lucas hat recht, wenn er sagt, ein Forderungsprogramm muss her. Aus meiner Sicht müssen wir ein Programm erarbeiten, das jeweils kurz- und mittelfristige Forderungen für die Wohnungsfrage, für das Bildungssystem, gegen Armut und das Ausbluten der Kommunen umfasst. Wir müssen deutlich machen, dass Geld genug da ist, wenn man Reichtum besteuert und Rüstungsausgaben radikal kürzt.

Wir haben uns gestern im Sekretariat verständigt, dass wir in den nächsten vier Wochen ein solches Forderungsprogramm erarbeiten wollen. Wir wollen dabei auch deutlich machen, wo das Geld zu holen ist, zum Beispiel im Rüstungsetat, in dem 130 Milliarden-Hochrüstungprogramm der Kriegsministerin, aus den Gewinnen der Rüstungskonzerne und der anderen, die Flucht verursachen und an ihr verdienen.

Bis zum kommenden Wochenende wird auch unser Flyer zur Flüchtlingsfrage „Unsere Willkommenskultur heißt gemeinsam kämpfen!“ in einer überarbeiteten Version erscheinen. Eine längere, argumentierende Fassung der Sofortforderungen planen wir für die Juni-Tagung des Parteivorstandes als Beschlussvorlage. Das soll dann auch unser inhaltlicher Aufschlag für die Bundestagswahlen 2017 sein.

Das alles erfordert aber auch, dass wir mit den Menschen reden müssen, selbst mit denen, die gerade dabei sind, dem Rassismus auf den Leim zu gehen. Das ist schwer und es geht besser in gemeinsamen Kämpfen, auch darum brauchen wir das Forderungsprogramm. Das ist schwer und es darf uns keinesfalls gleichzeitig zu Opportunismus verleiten. In der Flüchtlingsfrage gilt das Gleiche wie in der Kriegsfrage, es gibt kein „Wir“ im Klassenstaat. Es gibt zwei Seiten der Barrikade, die der Ausgebeuteten, auf der die Arbeiter, Angestellten, Arbeitslosen, Flüchtlinge usw. stehen. Und die der Ausbeuter, dort stehen die 10 Prozent, denen 50 Prozent des Volksvermögens gehören. Dort stehen die Konzerne, die Staatsorgane, die Rüstungsindustrie. Rassisten wollen das vernebeln und stellen sich auf deren Seite.

Wir wollen auch gar nicht beschönigen. Menschen leben über Monate auf engstem Raum in Zelten. Sie werden von der Teilhabe an Kultur und ihre Kinder von Bildung ferngehalten. Freizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche fehlen sowieso und nun brauchen zehntausende mehr solche Einrichtungen und können sich das kommerzialisierte Angebot nicht leisten. Das alles produziert Konflikte.

Seit langem erleben wir, wie die Ausgrenzung in diesem Land auch zu Verrohung, zu Gewalt und Kriminalität führt. Das wird sich durch eine Zunahme der Konkurrenz in der Arbeiterklasse nicht verbessern. Aber auch darauf lässt sich ohne den Kompass der Klassenfrage keine Antwort geben. Weil das unser Kompass ist bleiben wir dabei:

Bleiberecht für alle, volle Wiederherstellung des Asylrechts, stoppt Hochrüstung und Kriegspolitik, die Konzerne müssen zahlen.

Das Forderungsprogramm brauchen wir dringend, da dieser Aufschwung von Rassismus Tendenzen massiv verstärkt, die wir im beschlossenen Leitantrag des 21. Parteitags unter der Überschrift „Die Gefahr der Rechtsentwicklung“, wie folgt, analysierten: „Scharnierkräfte, die den Übergang zum Bürgertum ebnen, gibt es unter anderem mit der Alternati-

ve für Deutschland (AfD). Mit Pegida und Högessa ist es gelungen, eine reaktionäre, national-chauvinistische und rassistische Massenbewegung zu initiieren (...).“

Die Tendenzen zur Selbstzerlegung der AfD sind offensichtlich beendet, mit großer Wahrscheinlichkeit wird sie in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt in die Landesparlamente einziehen. Es gibt wenig Anzeichen, dass diese gefährliche Tendenz im Hinblick auf die Bundestagswahlen gestoppt werden kann.

Die einzige Chance, diese Tendenz zu stoppen, liegt in fortschrittlicher Massenbewegung für Frieden, soziale Rechte und Solidarität. Allerdings sind die Voraussetzungen für ihr Entstehen leider äußerst widersprüchlich. Es ist wahrscheinlich richtig, wenn manche hier von einer tief gespaltenen Gesellschaft sprechen. Denn neben den bereits geschilderten komplizierten Entwicklungen haben wir ja nach wie vor die Situation, dass sich zehntausende in der konkreten Hilfe für Flüchtlinge, in runden Tischen bei der Durchführung von Bildungsmaßnahmen, Sprachkursen, Kinderbetreuung und Ämtergängen engagieren. Diese Menschen haben große Anerkennung verdient, viele Genossinnen und Genossen engagieren sich und das ist gut so. Ja, wir haben im Leitantrag unsere Position bestimmt, wir sagen: „Flüchtlinge brauchen ein uneingeschränktes Bleiberecht; das Asylrecht muss ohne jegliche Einschränkung wiederhergestellt werden.“

Stehen wir deshalb auf der Seite von Merkel und Gabriel, weil doch die Bundesregierung angeblich die ist, die in Europa die Grenzen offenhalten will? Quatsch, erstens stimmt es nicht, siehe das Bündnis mit der Türkei und die Bundeswehr in der Ägäis und zweitens ergeben sich Unterschiede in der Herangehensweise wohl eher aus unterschiedlichen Plänen in der herrschenden Klasse. Die einen nutzen eine angeblich „ungehinderte“ Zuwanderung zum Abbau demokratischer Rechte, für die Spaltung der Arbeiterklasse, für die Verschärfung der Konkurrenz. Die anderen fordern ein „Einwanderungsgesetz“, um das Ganze kontrollierter abzuwickeln, das heißt bei den Flüchtlingen besser auszusieben, besser für die Verwertungsinteressen des Kapitals zu selektieren.

Liebe Genossinnen und Genossen,

nicht nur von den Ursachen her gibt es einen engen Zusammenhang zwischen Krieg, Milita-

risierung und Flucht. Immer mehr wird auch eine Normalität von Militäreinsätzen geschaffen, und zwar ebenfalls nach innen und nach außen. Aktuellstes Beispiel ist der Einsatz der NATO in der Ägäis. Natürlich angeblich nur gegen Schlepper und ihre Boote. Diese werden aber in der Regel nicht leer sein, sie sind gefüllt mit Flüchtlingen.

Und ganz aktuell sind die Angriffe der Türkei auf Syrien, die Überlegung der Türkei und von Saudi-Arabien, Bodentruppen einzusetzen und das Zusammenspiel der Bundesregierung und der EU mit der Türkei. Drei Milliarden für Erdogan, damit er die Grenzen dicht macht und Augen zu, wenn er Völkerrecht bricht und die Kurden abschachtet und den Krieg gegen Syrien eskaliert. Augen zu, wenn er den IS fördert und bezahlt.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir müssen leider feststellen, dass ein Streit in der Friedensbewegung wieder aufgeflammt ist, von dem wir hofften, dass er überwunden sei. Eigentlich geht das gar nicht angesichts der Situation. Wir brauchen eine starke, eine mobilisierungsfähige, eine breite Friedensbewegung. Es ist der Streit, der in der Vergangenheit im Zusammenhang mit den sogenannten Montagsmahnwachen und dem Friedenswinter stand. Wir hatten mehrmals dazu Stellung genommen. Auch im beschlossenen Leitantrag des 21. Parteitags beziehen wir Stellung und benennen Wesensmerkmale des Streits. Wir sagen:

„Wir erleben seit Jahren, wie antiimperialistische Kritik an den USA und Israel als antisemitisch diffamiert wird. Damit wird Antisemitismus relativiert, konsequenter Antimilitarismus soll verhindert und die Friedensbewegung der deutschen Staatsdoktrin untergeordnet werden. Es gibt zugleich Versuche, rechte Inhalte in die Friedensbewegung hineinzutragen bzw. die Friedensbewegung nach rechts zu öffnen, indem die Stoßrichtung der Friedensbewegung mehr oder weniger ausschließlich auf die USA gerichtet werden soll. Das birgt die Gefahr, dass sich Teile der Friedensbewegung vor den Karren einer bestimmten deutschen Kapitalfraktion spannen lassen. Die Aufgabe der DKP ist es, gemeinsam mit anderen Kräften diese beiden Richtungen zurückzudrängen.“

Es macht Sinn, die hinter diesem Streit liegenden Fragen noch einmal tiefer zu beleuchten und dabei auch festzustellen, dass wir uns in dieser Position des Leitantrags einig sind und

gleichzeitig unsere Imperialismus-Analyse weiter diskutieren und unsere Bündnispolitik präzisieren wollen.

Wir müssen unsere Position bestimmen hinsichtlich der Forderungen, die wir im Friedenskampf für die zentralen halten. Darüber müssen wir die Diskussion mit unseren Partnern in der Friedensbewegung führen. Und nicht zuletzt müssen wir bestimmen, welches die über den notwendigen Konsens der Friedensbewegung hinausgehenden Positionen der Kommunistinnen und Kommunisten sind.

Beginnen wir mit der Imperialismus-Analyse. Im Leitantrag formulieren wir:

„Der für die gesamte Epoche des Monopolkapitalismus/Imperialismus typische Kampf um die Neuaufteilung der Welt unter den imperialistischen Mächten ist in neuer Schärfe entbrannt. Imperialistische Kriege um Einfluss-sphären, Rohstoffe, Marktanteile und die Kontrolle von Versorgungswegen ergeben sich aus der kapitalistischen Konkurrenz. Es hat sich gezeigt, dass die gesetzmäßige ungleiche Entwicklung des Kapitalismus die Verhältnisse permanent ändert, Koalitionen sprengt und dazu führt, dass sich neue bilden.“

Wir sagen: „Ganze Regionen sollen nach den Vorstellungen der imperialistischen Großmächte – besonders ihrer Führungsmacht, der USA – neu gegliedert und nach deren wirtschaftlichen und strategischen Interessen umgebaut werden. Die aggressiven Strategien der stärksten imperialistischen Mächte richten sich insbesondere darauf, Russland und China militärisch einzukreisen und ihren Einfluss zurückzudrängen bzw. einzudämmen. Sowohl der Kampf um die Ukraine als auch die zunehmenden Konflikte im pazifischen Raum machen deutlich, dass sich die Auseinandersetzungen zwischen den Machtblöcken weiter zuspitzen. Russland und China sind in diesen Konflikten in einer defensiven Position, während sowohl die USA als auch die EU unter Führung Deutschlands – häufig im Bündnis miteinander – eine besonders aggressive Rolle spielen.“

Und wir sagen andererseits: „Der deutsche Imperialismus wird aggressiver und militaristischer. Er hat die Rolle einer Ordnungs- und Führungsmacht der EU eingenommen, unterwirft die Länder der EU-Peripherie seinem Diktat und nutzt die EU im Kampf um Einfluss-sphären und Rohstoffe in der Welt. Das werden die anderen imperialistischen EU-Staaten

nicht hinnehmen. Die Kriegsfähigkeit der Bundeswehr wird mit Rüstungsprojekten und Auslandseinsätzen von Afghanistan bis Zentralafrika gesteigert. In diesem Sinne ist auch die durch die BRD forcierte Verpflichtung der EU-Staaten zu sehen – festgehalten im Lissabon-Vertrag –, die eine weitere Militarisierung und die Erhöhung ihrer Militärausgaben vorschreibt. Militarismus soll die gesamte Gesellschaft durchdringen. Ziel ist der Aufbau einer EU-Armee unter deutscher Führung. Versuche zur Militarisierung der gesamten Gesellschaft werden vom militärisch-industriellen Komplex und der herrschenden Politik vorangetrieben.“

Trotz dieser Analyse ist eine Debatte notwendig, müssen wir uns die Antworten auf weitere Fragen erarbeiten.

Wir sind uns einig, dass derzeit die Hauptkriegsgefahr vom US-Imperialismus ausgeht und er der Hauptkriegstreiber ist. Was aber sind die Ursachen? Ist es, wie Genossen sagen, so: dass sich die besondere Aggressivität des US-Imperialismus aus der relativen ökonomischen Schwäche bei gleichzeitiger übermächtiger militärischer Potenz ergibt, und: dass der US-Imperialismus als Hegemon in der NATO dem imperialistischen Staatenbündnis seinen destruktiven Stempel aufdrückt; und: dass deswegen der US-Imperialismus im Weltmaßstab der Hauptgegner antiimperialistischer Kräfte bzw. noch allgemeiner aller fortschrittlichen Kräfte ist?

Oder ist es so, dass es eine ökonomische Schwächung des US-Imperialismus und eine Tendenz zur Machtverteilung unter den führenden Imperialismen der Welt sowie hin zu Schwellenländern, aufstrebenden kapitalistischen Staaten und deren Bündnisstrukturen gibt, das aber noch nichts an der übermächtigen Rolle des US-Imperialismus ändert, sich allerdings die NATO bereits verändert hat? Manche Genossen meinen, dass die NATO zwar einst gegründet wurde als ein Kriegsbündnis des Imperialismus unter Führung des US-Imperialismus. Heute aber habe sich dieser Charakter der NATO verändert und im Gefolge auch die Form der Austragung innerimperialistischer Konflikte. Die NATO ist heute so etwas wie der „ideelle Gesamtkapitalist der imperialistischen Kriegsführung der führenden westlichen Imperialismen“. Die Aufteilung der Welt in Einflusszonen, Quellen von Ressourcen (Rohstoffe, Menschen), Absatzmärkte und Transportwege ist in Permanenz umstritten. Sind Länder im Sinne des Imperialismus unbootmäßig, werden sie auch militärisch gefügig

gemacht. Das gefügig machen ist meist gemeinsames Interesse der Imperialismen. Beim gefügig machen bricht in der Regel aber die Konkurrenz auf und zeigt sich in unterschiedlichen Formen, Koalitionen, politischen Widersprüchen. Das war zu erkennen in Jugoslawien, Afghanistan, Libyen, Irak, Syrien.

Das ist keine Diskussion um Kaisers Bart. Aus ihr leiten sich Fragen ab, ob wir den Hauptstoß im Friedenskampf gegen die NATO als Hauptfeind im Weltmaßstab und gleichzeitig Katalysator für die Stärkung des Hauptfeinds im eigenen Land, den deutschen Imperialismus, richten, oder ob für Deutschland zentrale Forderungen gebraucht werden, die auf die Schwächung der NATO (auch als Instrument des US-Imperialismus) UND die Schwächung des deutschen Imperialismus zielen.

Aus Sicht der Genossinnen und Genossen, die letztere Position vertreten sind das folgende Forderungen:

- gegen die NATO und die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands
- impliziert gegen NATO-Einrichtungen und US-Militär und Geheimdiensteinrichtungen
- gegen Kriegseinsätze, gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- gegen Rüstungsausgaben und Hochrüstungprogramme
- gegen Rüstungsexporte.

Aus dieser Diskussion leitet sich auch eine Haltung zu einer Frage ab, die wir einerseits keinesfalls vernachlässigen dürfen und die andererseits immer Spielball der Angriffe auf die Friedensbewegung ist, wie wir sie im Leitartikel beschrieben haben, nämlich der nationalen Frage.

Es gibt Genossen, die davon ausgehen, dass der Kampf um Frieden Klassenkampf ist, der sich zum Beispiel in der Losung „Deutschland raus aus der NATO!“ als ein Kampf um die Nation äußert und dieser nicht reaktionär ist oder den Interessen der deutschen Monopole in die Hände spielt, sondern sich im Gegenteil gegen die reaktionärsten Kräfte in der deutschen Nation richtet, die für eine Partizipation im Rahmen der NATO bereit sind, die Existenz (!) der gesamten Nation aufs Spiel zu setzen. Diese Kräfte sind dem Wesen nach antinational.

Oder ist es so, wie andere Genossen meinen, dass es in Deutschland zwar richtig ist, um die Überwindung von Einflüssen, Sonderrechten

des US-Imperialismus, um die Beseitigung seiner militärischen und geheimdienstlichen Einrichtungen, Institutionen und Waffen zu kämpfen, die Losung von einer „nationalen Befreiung“ aber falsch ist. Sie fördert nicht die Überwindung imperialistischer Unterdrückung, sondern die Stärkung der Identifizierung mit den eigenständigen Zielen des deutschen Imperialismus. Parallelen zum Kampf der KPD in der Weimarer Republik (z.B. 1930 Programmklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes) bzw. zum Kampf gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in den 80er Jahren zu ziehen, halten diese Genossinnen und Genossen für falsch, da sich die Situation und Entwicklung des Imperialismus und vor allem des deutschen Imperialismus wesentlich verändert hat. Er ist heute weniger Anhängsel des US-Imperialismus, denn eigenständig unterdrückender Imperialismus und auf dem Weg zu einem vollwertigen Konkurrenten des US-Imperialismus.

Eine weitere Frage, die diskutiert wird, ist die Rolle Russlands. Ich habe oben bereits aus dem Leitantrag zitiert, dass sich derzeitige aggressive Strategien der stärksten imperialistischen Mächte auf die militärische Einkreisung Russlands und Chinas konzentrieren und dies Kriegsgefahr bedeutet. An anderer Stelle im Leitantrag würdigen wir die Aktivitäten der BRICS-Staaten, die versuchen ihre nationalen Wirtschaften vor dem Einfluss international agierender Monopole zu schützen und sie damit „den Interessen der imperialistischen Hauptmächte entgegen (wirken)“. Trotzdem gehen wir davon aus, dass Russland, gerade weil es ein aufstrebender kapitalistischer Staat ist, eben nicht zur Friedensmacht an sich werden kann. Allerdings dürfen Unterschiede bei der Entwicklung des Kapitalismus nicht übersehen werden. Es ist offensichtlich so, dass sich die herrschende Klasse und ihr Verhältnis zum Staatsapparat von Größe und Machtbalance von der Situation in älteren Kapitalismen bzw. ausgebildeten Imperialismen unterscheiden. Die Rolle des Staates als „ideeller Gesamtkapitalist“ ist ausgeprägter und im Verhältnis zur herrschenden Klasse dominanter. Hier haben wir wohl auch ein gewisses Spektrum unterschiedlicher Sichtweisen. Sie reichen von der Einschätzung, dass Russland bereits ein mehr oder weniger entwickelter Imperialismus ist bis zur Einschätzung, dass Russland zumindest für eine ganze Etappe zwingender Bündnispartner der Friedenskräfte sein wird.

Mit den Beschlüssen des 21. Parteitags haben wir das festgehalten, was wir gemeinsam einschätzen und haben deshalb eine gute Basis, um diese Fragen weiter zu diskutieren und zu analysieren.

Ich möchte aber auch zu einigen Ableitungen für die Bündnispolitik in der Friedensbewegung etwas sagen:

Kurze Vorbemerkung: Die Gefahr einer bis zum Weltkrieg eskalierenden Kriegssituation ist riesig. Eine mögliche Eskalation kann beim Stand der heutigen technologischen Entwicklung eine völlige Unbeherrschbarkeit bedeuten und damit vom Ausmaß der Katastrophe das der beiden Weltkriege überschreiten. Die Gefahr ist immer dann evident, wenn es zur direkten Konfrontation der aufstrebenden Mächte Russland oder der VR China mit führenden westlichen Imperialismen bzw. der NATO oder zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen führenden westlichen Imperialismen kommt. Auslöser können Dinge sein, die relativ „irrational“ erscheinen (in der jüngsten Vergangenheit zum Beispiel der Abschuss eines russischen Militärflugzeugs über Syrien durch die Türkei).

Von der Notwendigkeit der Breite der Bündnisse lässt sich das dadurch durchaus mit der notwendigen Breite, wie sie der 7. Weltkongress und die Brüsseler Konferenz der KPD für den Kampf gegen den deutschen Faschismus beschrieb, vergleichen. Allerdings gibt es keine Chancen auf Bündnisse von Staaten unter Einbeziehung führender Imperialismen, wie es die Alliierten im Kampf gegen den Faschismus darstellten. Als Voraussetzung fehlen die Existenz eines mächtigen sozialistischen Staates und die teilweise Interessenidentität mit den führenden Imperialismen (die damals im Abwehrkampf gegen den deutschen Faschismus gegeben war). Dafür fehlt auch die Chance, dass in den führenden Imperialismen sich die Kapitalfraktionen durchsetzen, deren Interessen den Hauptkriegsgefahren entgehen.

Hier stellt der deutsche Imperialismus möglicherweise eine gewisse Sonderrolle dar. Es gibt eine einflussreiche Kapitalfraktion, die zumindest in der Einkreisungspolitik gegenüber Russland Differenzen erkennen ließ (Siemens / Kaeser). Sicherlich gibt es im Kapital auch Kräfte, die über ein Bündnis mit Russland, auch in der Konkurrenz zum US-Imperialismus, nachdenken. Wenn es Unterschiede gibt, müssen sie ausgenutzt werden. Die Friedensbewegung darf hier durchaus

Bündnisse mit dem „Teufel“ (also dieser Kapitalfraktionen) eingehen, solange sie nicht versteht, dass diese Bündnispartner Teufel bleiben.

Wir brauchen also breitestmögliche Antikriegsbündnisse, deren Begrenzung aus meiner Sicht „nur“ in folgender Hinsicht gegeben ist: Kräfte, die bewusst eine Stärkung der Hauptkriegsgefahren, also der Umkreisung Russlands und der Volksrepublik China, somit z.B. der NATO-Osterweiterung zulassen oder die den Hauptkriegstreiber, den US-Imperialismus, verharmlosen, sind keine Bündnispartner, genauso wie Kräfte, deren Positionen bewusst eine Stärkung des deutschen Imperialismus beinhaltet. Damit sind natürlich auch Faschisten und Chauvinisten keine Bündnispartner.

Eine weitere Abgrenzung ergibt sich aus den Forderungen (dem zu findenden Konsens der Friedensbewegung). Macht sich die Friedensbewegung zum Beispiel die oben genannten Forderungen zu eigen, dann sind Bündnispartner alle, die diese Forderungen insgesamt oder auch nur teilweise unterstützen. In letzterem Fall allerdings ergänzt darum, dass das Nicht-Teilen einzelner Forderungen nicht heißen kann, das Gegenteil offensiv zu vertreten, zumindest nicht bei gemeinsamen Aktivitäten. (Beispiel: Man muss die NATO-Gegnerschaft nicht teilen und kann gemeinsam gegen Rüstungsexporte aktiv werden – bei diesen Aktionen dann aber für den Verbleib Deutschlands in der NATO zu werben, geht nicht.)

Die Problematik liegt natürlich in dem Wort bewusst. Ich bin mir sicher, dass es Kräfte gibt, die das bewusst tun, mit und ohne Auftrag der herrschenden Klasse und ihres Staates. Zur Strategie unseres Gegners gehört es auch, Verwirrung in die Friedensbewegung zu tragen (In den 80er Jahren war dies zum Beispiel die Gleichsetzung von amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen). Ich bin aufgrund der hohen Professionalität, die hinsichtlich Equipments etc. an den Tag gelegt wurde, auch heute noch sicher, dass mit diesem Ziel in die Montagsmahnwachen gewirkt wurde. Andersherum heißt das aber genauso explizit, dass mit Sicherheit der weitaus größte Teil von Menschen, die sich an den Mahnwachen beteiligten, nicht zu denen gehörten, die bewusst Verwirrung hineinbringen wollten. Weil wir zu wenig hingegangen und die Auseinandersetzung geführt haben, haben wir möglicherweise Menschen diesen Kräften überlassen. Die Auseinandersetzung führen heißt aber auch nicht sich anuscheln.

Einige Ableitungen für politisch aktuelle Fragen der Bündnispolitik:

Menschen, die von der Analyse ausgehen, dass Deutschland lediglich ein Vasall des US-Imperialismus (oder selbst lediglich ein Vasall der FED) sei, sind trotzdem unsere Bündnispartner, solange sie die Konsensforderungen der Friedensbewegung ganz oder teilweise unterstützen und sich nicht bewusst für eine Stärkung des deutschen Imperialismus einsetzen. Organisationen, deren inhaltliche Grundlage diese Analyse umfasst, sind in der Regel keine Bündnispartner. Mit aller Kraft müssen wir innerhalb der Friedensbewegung dagegen kämpfen, dass diese falsche Analyse an Boden gewinnt. Das erfordert die offensive inhaltliche Auseinandersetzung.

Menschen, die weder unsere Imperialismusanalyse noch unsere Haltung zum Zusammenhang von Klassenfrage und Krieg teilen, sind genauso unsere Bündnispartner wie Organisationen, die hier andere Positionen haben, solange sie nicht versuchen, imperialistische Aufrüstungs-, Kriegs- oder Unterdrückungspolitik zu verharmlosen oder gar zu unterstützen. Die antideutsche Unterstützung der Kriegspolitik Israels oder des US-Imperialismus muss inhaltlich bekämpft werden und schließt die Zusammenarbeit mit Organisationen in der Friedensfrage aus, zu deren wesentlicher Programmatik diese Inhalte gehören. In der Friedensbewegung müssen wir uns offensiv mit diesen Inhalten auseinandersetzen, um zu verhindern, dass sie an Boden gewinnen.

Menschen und Organisationen, die in der Frage der Umkreisung der NATO gegenüber Russland im Ukraine Konflikt äquidistant sind, sind unsere Bündnispartner, solange sie nicht versuchen, dies zum Konsens der Friedensbewegung zu machen. Kräfte und Organisationen, die zum Schluss kommen, dass Russland eine Friedensmacht ist, sind unsere Bündnispartner, solange sie nicht versuchen, diese Position zum Konsens der Friedensbewegung zu erheben. Auch wenn wir diese Position nicht teilen, stehen sie uns näher als die Positionen der Äquidistanz.

Auch Kräfte, die bewusst den Kapitalismus erhalten wollen, denen es lediglich um eine „Zähmung des deutschen Imperialismus“ geht, sind unsere Bündnispartner, solange sie nicht versuchen, dies zum Konsens der Friedensbewegung zu machen.

Wenn wir also in großer Breite unsere Herangehensweise an die Bündnispolitik in der Friedensfrage bestimmen, bleibt es aber gleichzeitig dabei, dass es fahrlässig, ja sogar opportunistisch wäre, diese notwendige Breite zu verwechseln mit der Absage an die Notwendigkeit, GLEICHZEITIG unsere Inhalte zu verbreiten und auf das Recht zu bestehen, unsere Inhalte zu verbreiten, auch diejenigen, die über den Konsens der Friedensbewegung hinausgehen. Neben den bereits zitierten Inhalten des Leitetrags sagen wir in der Handlungsorientierung, die der 21. Parteitag beschlossen hat:

„Diese Bewegung kann nur Kraft gewinnen, wenn nennenswerte Teile der Arbeiterklasse gewonnen werden. Die Mitglieder der DKP wirken deshalb in den DGB-Gewerkschaften und Betrieben im Sinne der Aktionseinheit auf eine Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen an Aktivitäten der Friedens- und antifaschistischen Bewegung hin. Wir orientieren innerhalb der Gewerkschaften darauf, Arbeitskämpfe zu bündeln und zu koordinieren. Die gemeinsamen Erfahrungen des Widerstandes nutzen wir für die Agitation gegen Standortdenken und Konkurrenz, gegen rassistische und nationalistische Spaltungsversuche, für solidarischen Widerstand gegen die Angriffe des Kapitals und dessen Ziel, die Folgen der Krise auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Wir machen in den Auseinandersetzungen deutlich, dass Krise, Faschismus und Krieg ebenso ihren Ursprung im Kapitalismus haben wie Standortverlagerung, Personalabbau und Massenarbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung, Lohndumping und Tarifflicht. Die DKP wirkt dafür, dass die Ideen der Arbeiterbewegung und der klassenorientierten Kräfte größeren Einfluss gewinnen und sich Antimilitarismus und Antifaschismus gegenüber reaktionären, sexistischen, militaristi-

schen, rassistischen und neofaschistischen Vorstellungen in der Gesellschaft als hegemoniefähig erweisen. Die DKP zeichnet sich dadurch aus, auch im Kampf für den Frieden und gegen den Faschismus ‚die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung‘ (Manifest der Kommunistischen Partei) hervorzuheben. Wir bemühen uns, innerhalb von Bündnissen und Bewegungen die Zusammenhänge von Imperialismus und Krieg, Krieg und Flüchtlingspolitik, Militarisierung und Verschlechterung der Lebensbedingungen zu erläutern und bewusst zu machen.“

Wir haben also Inhalte, wir haben Fragen, die wir weiter diskutieren und wir haben vor allem viele Gründe, den Friedenskampf zu führen. Notwendig ist aus unserer Sicht, ihn überall zu führen, wo Menschen leben und arbeiten:

Wir müssen deutlich machen, was sich an sozialen Projekten, zum Beispiel eine Million Sozialwohnungen, locker mit einem Teil dessen finanzieren ließen, was die Kriegsministerin jetzt im neuen Hochrüstungsprogramm ausgeben will. Wir brauchen Debatten in Vertrauenskörpern und Gewerkschaftsgliederungen gegen den Krieg und Bundeswehreininsatz in Syrien, gegen die Kriegspläne in Libyen. Wir brauchen Resolutionen gegen Rüstungsexporte; sie töten, verursachen Flucht, aber eben auch Profite. Wir brauchen die Diskussion über die Zuspitzung auf Forderungen nicht nur bei uns, wir brauchen sie auch in der Friedensbewegung. Wir brauchen Aktivitäten und schlagen euch eine konkrete auch vor, ihr habt den Antrag zu Büchel gesehen. Wenn wir das vernünftig angehen, kann das eine ausstrahlende Sache werden.

2. Tagung des Parteivorstands der DKP

20./21. Februar 2016, Essen

Beschlüsse

Gemeinsame Friedensaktion der vier Parteien in Büchel

Die DKP beteiligt sich gemeinsam mit ihren Schwesterparteien aus Belgien, Luxemburg und den Niederlanden und wenn möglich mit den befreundeten Jugendverbänden an der Aktion „20 Wochen Aktions-Präsenz in Büchel“. Diese steht unter dem Motto „Büchel ist überall - Atomwaffenfrei jetzt!“ Die zentralen Forderungen der Aktion lauten:

- * Stopp der nuklearen Aufrüstung in Deutschland!
- * Abzug der Atomwaffen aus Büchel!
- * Verbot von Atomwaffen!

Auf dem Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz in der Nähe von Cochem sind etwa 20 US-Atomwaffen stationiert. Sie sind einsatzbereit und können im Rahmen der sogenannten nuklearen Teilhabe der NATO jederzeit in ein Zielgebiet geflogen werden - durch Bundeswehr-Piloten in deutschen Tornado-Kampffjets. 2020 sollen diese Massenvernichtungswaffen mit hohem Kostenaufwand durch neue und zielgenauere US-Atombomben modernisiert werden.

Vom Standort Büchel wird aber auch heute schon Krieg geführt. Büchel spielt eine zentrale Rolle beim völkerrechtswidrigen Kriegseinsatz in Syrien. So wurden im Januar 2016 zwei Tornados und deutsche Soldaten aus Büchel für Einsätze in Syrien auf den NATO-Militärstützpunkt Incirlik in die Türkei verlegt.

Das Konzept der 20-wöchigen Aktions-Präsenz in Büchel - 20 Wochen stehen für die etwa 20 Atomwaffen, die in Büchel lagern - sieht vor, dass verschiedene Gruppen, Organisationen oder auch Einzelpersonen der Friedensbewegung Patenschaften für je eine Woche der Dauermahnwache übernehmen und in dieser Woche in Büchel (mindestens einen Tag) mit ihren Inhalten präsent sind und eine öffentlichkeitswirksame Aktion/Aktivität machen. Im Anschluss an "ihre" Woche hinterlassen die Gruppen/Organisationen/Einzelpersonen ein Symbol ihrer Wahl auf einem Grundstück nahe des Atomwaffenstützpunktes, um ein Zeichen auch der Breite der Friedensbewegung zu hinterlassen.

Die Dauermahnwache beginnt am 26. März (Am 26. März gab es einen überparteilichen Beschluss im Bundestag, auf den Abzug der Atomwaffen hinzuwirken) und soll bis zum Nagasaki-Gedenktag am 9. August aufrechterhalten werden.

Die DKP übernimmt in Absprache mit den Organisatoren, die sehr positiv auf die Idee reagiert haben, mit ihren Schwesterorganisationen die "Patenschaft" für eine Woche. Für die Gestaltung und inhaltliche Ausrichtung der Woche wird in Abstimmung mit dem Bezirk Rheinland-Pfalz und unseren Schwesterorganisationen eine Konzeption erstellt. Ziel ist es an einem Höhepunkt in dieser Woche eine Aktion/Kundgebung/Konzert mit mindestens 50 TeilnehmerInnen durchzuführen.

(angenommen bei 1 Enthaltung)

Initiativantrag des Parteivorstandes an den 3. Tag des 21. Parteitages der DKP am 27. Februar 2016, Kassel

„Analysieren, diskutieren, entscheiden – gemeinsam Beschlüsse umsetzen!“

Nach einem breiten Diskussionsprozess in den Gliederungen der Partei, der in Rund 300 Anträgen zum Leitantrag mündete, orientiert der 21. Parteitag mit seinen Beschlüssen zum Leitantrag und der Handlungsorientierung auf die Schwerpunkte der Arbeit in den nächsten zwei Jahren.

Innerhalb kürzester Zeit haben sich unsere Prognosen bewahrheitet: Die Bundeswehr zieht in weitere Kriege und eine massive Aufrüstung ist angekündigt. Die unter Beteiligung des deutschen Imperialismus ausgelöste Fluchtbewegung wird zum Abbau demokratischer und sozialer Rechte und für eine allgemeine Rechtsentwicklung missbraucht.

„In dieser Situation ist es notwendig, dass sich antimonopolistisches Bewusstsein verbreitet und antimilitaristische und antifaschistische Bewegungen stärker werden. Die DKP wird ihre Kraft auf diese Zielstellung konzentrieren. Für uns sind das keine nebeneinander stehenden Felder, sondern organisch verbundene Fragen des Kampfes für den gesellschaftlichen Fortschritt gegen die Angriffe der Herrschenden.“ (Leitantrag)

Wir stellen fest, „dass wir uns auf eine steigende Aggressivität des deutschen Imperialismus nach innen und außen einstellen müssen. (...) Auf diese Offensive des Imperialismus mit all ihren Gefahren ist die deutsche Arbeiterklasse nicht vorbereitet. Es ist dem Kapital weitgehend gelungen, sie zu spalten und wichtige Teile einzubinden.“ (Handlungsorientierung)

Der erste Teil des 21. Parteitags hat die inhaltlichen Debatten der gesamten Partei verallgemeinert und auf das Eingreifen der DKP orientiert. Vor uns steht die Aufgabe, daraus eine präzisierte Strategie für die praktische Tätigkeit in den Handlungsfeldern Friedenspolitik, Antifaschismus, Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit und der Kommunalpolitik, zu erarbeiten, verbindliche Beschlüsse zu fassen und diese gemeinsam umzusetzen.

Einige Mitglieder der DKP haben im Gegensatz dazu nach dem 20. Parteitag in Form der so genannten „Marxistischen Linken“ mit dem Aufbau einer eigenen Organisation begonnen. Daneben orientieren sie jetzt auf die Bildung eines „kommunistischen Netzwerkes“ innerhalb der DKP. Akteure erklären in, dass sie sich nicht mehr an den Beschlüssen der DKP abarbeiten wollen.

Das gemeinsame Handeln von Kommunistinnen und Kommunisten ist die Voraussetzung der Aktionsfähigkeit und Stärke der Partei. Es gehört zu der elementaren Erfahrung der kommunistischen Bewegung, dass die Bildung von Fraktionen bzw. Gruppen mit eigener Disziplin, eigenen Strukturen und politischen Plattformen als Gefahr für den Bestand der Partei betrachtet werden.

Diese Beschlüsse an denen sie sich nicht mehr abarbeiten wollen, bilden aber die Grundfeste unserer kommunistischen Politik. Hier stehen u.a. die Fragen im Vordergrund,

- Wie der gegenwärtige Imperialismus zu charakterisieren ist?
- Ob die Europäische Union als imperialistisches Konstrukt zu betrachten ist und damit in jeglicher Spielart einen reaktionären Charakter hat?
- Welche Strategie wir zur Überwindung des Imperialismus einschlagen, v.a. in Bezug auf die Fragen, wer das revolutionäre Subjekt ist, wie reformistische Kräfte einzuschätzen sind, mit wem welche Bündnisse anzustreben sind und letztlich ob ein revolutionärer Bruch zum Erreichen des Sozialismus nötig ist?
- Welche Rolle und Aufgabe hat die kommunistische Partei? Ist sie eine fortschrittliche Partei unter vielen, oder ist sie die Avantgarde der Arbeiterklasse, die das Schaffen von Klassenbewusstsein und Klassenorganisation als ihre wesentliche Aufgabe begreift?

Der 21. Parteitag der DKP stellt dazu fest:

Die Bildung von eigenen Strukturen innerhalb der Partei und die Nichteinhaltung von Beschlüssen stellt eine Gefahr für die Handlungsfähigkeit und den Bestand der Partei dar.

Der Parteitag fordert diese Genossinnen und Genossen auf, die Bildung eigener Strukturen in der Partei zu unterlassen bzw. sich nicht an dem sogenannten „kommunistischen Netzwerk“ in der DKP zu beteiligen und stattdessen in den Gliederungen der Partei zu diskutieren und zu arbeiten.

Der Parteitag der DKP fordert den Parteivorstand auf, anhand der offensichtlichen inhaltlichen Differenzen eine Diskussion in der Partei zu organisieren, die eine Positionierung zu den inhaltlichen Differenzen ermöglichen, so dass sich die Gesamtpartei eine gemeinsame Haltung und einen gemeinsamen Umgang mit diesen Positionen erarbeitet und in der Lage ist, daraus Konsequenzen zu ziehen.

Die Bezirksvorstände werden aufgefordert auf Bezirksebene die Diskussion zu organisieren.

(angenommen mit Mehrheit)

Finanzen

Der Haushaltsplan des Parteivorstandes für das Jahr 2016 und der Finanzrahmenplan für das 19. UZ-Pressesfest wurden mit großer Mehrheit angenommen.

Der Finanzrahmenplan des CommPress Verlages wurde erläutert und zur Kenntnis genommen.

Konzeption zur Vorbereitung und Durchführung des 19. UZ-Pressesfestes

1. Allgemein

Das 19. UZ-Pressesfest findet vom 1. bis 3. Juli 2016 im Revierpark Wischlingen in Dortmund statt. Die Vorbereitung und Durchführung des Festes wird durch die zentrale Pressesfest-Kommission gemeinsam mit dem Sekretariat des Parteivorstandes und den Bezirken organisiert.

Wir führen das UZ-Pressesfest als „Fest des Friedens und der Solidarität“ durch. Sowohl optisch als auch im Programm sind die Themen Frieden und Antifaschismus als Schwerpunkte erkennbar. Wir laden Friedens- und antifaschistische Organisationen und Initiativen und Gruppen, die in der Solidaritätsarbeit mit Flüchtlingen aktiv sind ein und beziehen sie in das Programm ein.

Das Fest ist ein Fest der Internationalen Solidarität. Wir laden unsere Schwester- und Bruderparteien und Bündnispartner auf internationaler Ebene ein. Wir beziehen unsere internationalen Gäste in die Programm von Parteivorstand/UZ-Redaktion und der Bezirke ein. Wir schaffen nach Möglichkeit einen Internationalen Treff.

Wir führen das Fest erkennbar als Volksfest der DKP und ihrer Zeitung der UZ durch.

Wir wollen für uns und unsere Inhalte werben und neue Mitglieder und UZ-ProbeleserInnen und – AbonentInnen gewinnen. Gleichwohl ist das UZ-Pressesfest ein Fest der Linken auf dem Bündnispartner ihren festen Platz haben. Sie sind keine Statisten, sondern gestalten das Fest mit. Wir beziehen unsere Gäste in unser Programm ein, unter anderem um über strategische Fragen der Antifa-, Friedens und sozialen Bewegung zu diskutieren und nach Möglichkeit Verabredungen für kommende Kämpfe zu treffen bzw. Impulse zu geben. Wir wollen insbesondere Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für unser Fest gewinnen und ihnen ein Forum für die Diskussion bieten. Dazu wird es verschiedene Branchentreffen, Stammtische und ein Interessenvertretungszelt im Jugendbereich geben.

Wir wollen Jugendliche für das Fest gewinnen und gemeinsam mit der SDAJ einen attraktiven Jugendbereich gestalten.

Das Fest ist ein Fest der fortschrittlichen Kultur auf dem sich Künstlerinnen und Künstler nicht nur darstellen, sondern auch austauschen können. Neben dem Bühnenprogramm wird es erneut den Kunstmarkt in der Eislaufhalle geben.

Das Fest ist ein Fest in Dortmund für Dortmunderinnen und Dortmunder. Es ist ein Volksfest mit Lesungen, Konzerten, Kinderfest, Kaffee, Kuchen, Bratwurst und Bier auf dem man mit Kommunistinnen und Kommunisten ins Gespräch kommen kann, wenn man will.

Wir betreiben in Dortmund organisatorisch einen großen Aufwand, bauen unser Pressefest fast eine Woche mit ehrenamtlichen HelferInnen auf und stellen eine große Infrastruktur auf die Beine. Wir wollen diese und die Zeit in Dortmund optimal nutzen, um für die DKP, ihre Inhalte und ihre Zeitung zu werben. In Absprache mit den Bezirken wollen wir daher in die Verlängerung gehen und das Programm am Sonntag bis 18 Uhr aufrechterhalten. Das kann bei der finanziellen Absicherung des Festes helfen.

2. Programm

Im Mittelpunkt des inhaltlichen und kulturellen Programms stehen die Themen Frieden und Antifaschismus. Dazu gehören Flüchtlingspolitik/Antirassismus, Demokratieabbau, Abrüstung/Konversion etc. Natürlich wird es kein UZ-Pressefest geben ohne die Beschäftigung mit der sozialen Lage im Land und der Lage der Arbeiterklasse und ihrer Kämpfe.

Dieses Themenspektrum soll insgesamt auf dem Fest abgedeckt werden, also in den Beiträgen des Parteivorstandes, den Bezirksbeiträgen, in der Kunst- und Literaturhalle, in den Beiträgen unserer Bündnispartner. Der Parteivorstand und die UZ-Redaktion konzentrieren sich auf fünf zentrale Diskussionsrunden. Dafür werden namenhafte RednerInnen und VertreterInnen auch aus Bündnisorganisationen und von internationalen Schwesterorganisationen gewonnen. Bei den Runden darf der Standpunkt der DKP nicht fehlen.

Für das Kulturprogramm werden regional bekannte, aber auch überregional bzw. international bekannte KünstlerInnen gewonnen. Neben KünstlerInnen auf der Bühne wollen wir Straßenmusiker/Kleinkunst gewinnen, um den Sportplatz zu beleben, wenn auf der Hauptbühne kein Programm stattfindet. Einen großen Stellenwert haben unsere kulturschaffenden Genossinnen und Genossen.

(Zu den inhaltlichen Runden des Parteivorstandes und der UZ-Redaktion sowie zum Kulturprogramm liegen ergänzende Papiere vor.)

Programmhöhepunkte sind:

Freitag

- Auftakt-Konzert mit Redska/Italien und The Movement/Dänemark (wahrscheinlich Bühne Ruhr/Rheinland), das geeignet ist, politische Szene aus Dortmund und Umgebung zu mobilisieren

Samstag

- Brecht-Programm anlässlich seines 60. Todestages in der Eishalle mit Erich Schaffner, Gina Pietsch, Dietmar Dath, Hans-Beimler-Chor und Quijote
- Internationales Meeting gegen den Krieg (Extrakonzertion)
- Antifa-Konzert mit Grup Yorum

Sonntag

- Konzert für Kinder mit Frederik Vahle
- Abschlusskonzert mit Esther Bejarano und der Microphone Mafia

1. Zentrale Bereiche

Café K & Internationaler Treff

Das Café K ist das Café des Parteivorstandes und der UZ-Redaktion. Es bietet einen Rückzugsraum, in dem kein durchgehendes Programm stattfindet und die Möglichkeit mit Mitgliedern des Parteivorstandes und der UZ-Redaktion zu sprechen. Im Café K finden zwei zentrale Diskussionsrunden des Parteivorstandes bzw. Teile des Programms des Frauenarbeitskreises und eine Eintrittsrunde mit Patrik Köbele statt.

Im Café K findet auch der Internationale Treff Platz (ggf. mit Raumteiler). Der Internationale Treff ist ein Ort, wo sich unsere internationalen Gäste treffen und Materialien präsentieren können. Zudem finden dort Diskussionsrunden mit Vertretern unserer Schwesterorganisationen statt.

Die Bezirksorganisation Nordbayern hilft bei der Absicherung des Cafés.

Literatur- und Kunstmarkt

Der Literatur- und Kunstmarkt findet im unteren Teil der Eishalle statt. Dort präsentieren sich linke Verlage und bildende KünstlerInnen. Zur Finanzierung des Pressefestes wird eine Kunst-Auktion organisiert.

Auf der Bühne der oberen Teils der Eishalle finden zwei Diskussionsrunden des Parteivorstandes bzw. des Frauenarbeitskreises und als Höhepunkt am Samstag ein Brecht-Programm anlässlich seines 60. Todestages statt. Im Foyer organisiert die Marx-Engels-Stiftung ein Masch-Programm. Die Kreisorganisation Recklinghausen übernimmt die Bewirtung in der Eishalle.

Jugendbereich

Der Jugendbereich wird in Zusammenarbeit mit der SDAJ gestaltet, die verantwortlich für das Programm in dem Bereich ist. Jugendorganisationen aus dem In- und Ausland werden eingeladen, sich hier mit Ständen zu präsentieren. Geplant sind ein Interessenvertretungszelt sowie ein Meeting „Jugend gegen Krieg“. Im Jugendbereich gibt es eine Außenbühne.

Casa Cuba

Die Casa Cuba ist das größte Zelt auf dem Platz. Neben Programmpunkten, die sich mit der kubanischen Revolution und der Solidaritätsbewegung befassen finden dort vor allem auch Kulturveranstaltungen statt. Es wird ein Flohmarkt zur Finanzierung des Festes organisiert. Die Kuba AG erstellt eine Einzelkonzeption.

Film-Zelt

Im Film-Zelt wird es die Möglichkeit geben ausgewählte politische Filme zu zeigen und zu sehen. Ein Schwerpunkt liegt auf kubanischen Filmen in Zusammenarbeit mit der Casa Cuba. Abends werden die Viertelfinals der Fußball-Europamannschaft übertragen.

Bündnispartner/Stände

Der Parteivorstand lädt zentral Bündnispartner ein. Regionale Bündnispartner werden von den Bezirken angemeldet. Sie präsentieren sich nach Möglichkeit bei den jeweiligen Bezirken.

Zelte mit eigenem Programm werden von der Tageszeitung junge Welt, der Partei Die Linke und von verschiedenen Antifa-Initiativen (Rotes Antifa Zelt) organisiert. Zudem wird es einen größeren Beitrag der VVN-BdA geben.

Neben nationalen Bündnispartnern werden sich internationale Organisationen mit ihren Ständen, Inhalten und Spezialitäten präsentieren.

Kinderfest

Das Kinderfest ist vor allem wichtiger Anziehungspunkt für die Dortmunderinnen und Dortmunder. Es wird gemeinsam mit den Roten Pepperoni organisiert. Das Kulturprogramm für Kinder wird ausgeweitet.

Die Bezirksorganisation Baden Württemberg hilft bei der Absicherung.

Tombola/Versteigerung

Es wird auf diesem Pressefest keine Tombola geben. Der Aufwand im Vorfeld ist zu hoch. Um dennoch einen Erlös zur Finanzierung des Festes zu erzielen wird es eine Verlosung/Versteigerung geben.

4. Bezirke

Es wird folgende Bezirksbeiträge geben:

- Ruhr/Rheinland mit Außenbühne
- Kreisorganisation Dortmund/Perle vom Borsigplatz
- Nordlichter/Kogge/Fischwagen
- Hessen/Baden Württemberg
- Niedersachsen/Bremen
- Ostdeutsche Bundesländer in Kooperation mit dem DDR-Kabinett und der jW
- Südbayern/Saarland/Rheinlandpfalz (von Seiten der Bezirke noch nicht entschieden)

(einstimmig angenommen)

Themen PV-Tagungen 2016

3. PV-Tagung (23./24. April)

Schwerpunkt: Betrieb und Gewerkschaft: "Herausforderungen für die Arbeiterbewegung" (inkl. Tarifrunde Öffentlicher Dienst)

Tagesordnungspunkte:

Auswertung des 3. Tag des 21. Parteitages
UZ-Pressesfest
Zusammensetzung der Kommissionen des PV

Beschlüsse:

Erklärung 75. Jahrestag Überfall auf die SU
Beschluss Jugendpolitische Kommission/Arbeitsplan
Konzeption 100 Jahre Oktoberrevolution
Unterstützung McPom Landtagswahlkampf konkret

4. PV-Tagung (4./5. Juni)

Schwerpunkt: Bundestagswahlen 2017

Tagesordnungspunkte:

SDAJ (nach ihrem Bundeskongress)
UZ-Pressesfest

Beschlüsse:

Wahl Arbeitsgruppe BTW
Konzeption Lesereise DDR
Konzeption Herangehen 60. Jahrestag KPD-Verbot

5. PV-Tagung (10./11. September)

Schwerpunkt: Parteientwicklung

Tagesordnungspunkte:

Entwicklung und Arbeit mit der UZ
Auswertung UZ-Pressesfest
Themenplan 2017

6. PV-Tagung (19./20. November)

Schwerpunkt: Marxistische Theorie- und Bildungsarbeit

Tagesordnungspunkte: Kommunalpolitik

Beschlüsse:

Konzeption Bundestagswahlkampf

7. PV-Tagung: Entwicklung der EU

(einstimmig angenommen)

Personalien

Gewählt wurden:

Leitung der Kommission Frieden/Antimilitarismus
Chefredakteur der UZ ab Juli 2016

Haltung der DKP zu Aktivitäten der sog. „Russlanddeutschen“

Antragstellerin: Eva P.

Der Parteivorstand beobachtet mit großer Sorge eine Zunahme von Aktivitäten ultrarechter Gruppierungen innerhalb der sog. „Russlanddeutschen“. Angesichts von deren Auftritten insbesondere im Zusammenhang mit den Aufmärschen, unter dem Motto „Wer schützt unsere Kinder“, vor allem in Berlin, aber auch in Bamberg und Nürnberg, ist diese neue Bewegung als weitere Vorfeldorganisation von Rassisten und Nazis einzuordnen. Sie treten z.B. zusammen mit Nügida auf und mit Rednern von „Die Rechte“ (so in Nürnberg bzw. Bamberg).

Der PV distanziert sich entschieden von entsprechenden, gegen Geflüchtete gerichtete, rassistischen Äußerungen. Leider sind diese auch gehäuft auf dem Blog des PV-Mitglieds Dagmar H. zu finden - als Reaktionen auf ihre eigenen Ausführungen „Aus der Mädelsecke“. Ihr Beitrag hatte nicht zu einer Versachlichung, geschweige denn einer kritischen, differenzierten Sicht auf die angebliche Vergewaltigung beigetragen, im Gegenteil.

Der PV fordert sie auf, all diese Beiträge umgehend zu löschen und sich in einer eindeutigen Stellungnahme und auf ihrem Blog davon zu distanzieren.

(Der Antrag wurde aus unterschiedlichen Gründen nicht befasst. Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, hat Dagmar H. aber unmittelbar nach der PV-Tagung aufgefordert, entsprechende Kommentare zu löschen und den Blog zu überprüfen. Auf Beschluss des Sekretariates des Parteivorstandes vom 27. 2. 2016 ruht die Mitgliedschaft von Dagmar H.)

Wahlkampfunterstützung für Mecklenburg Vorpommern und Berlin

Antragsteller: Mario B.

Gemäß der auf dem 21. Parteitag beschlossenen Handlungsorientierung stellt ein Höhepunkt im Friedens- und antifaschistischen Kampf, neben dem 19. UZ-Pressfest, die Beteiligung an den Bundestagswahlen 2017 mit einem Wahlkampf gegen Kriegstreiber und den Einzug neofaschistischer und rassistischer Parteien in das Parlament dar.

Auf diesem Weg liegen jedoch auch andere Wahlgänge für die Partei, in unterschiedlichen Bundesländern, in denen der Focus auf den Friedens- und antifaschistischen Kampf gesetzt werden und in die Öffentlichkeit offensiv hinein getragen werden muss.

Neben der Notwendigkeit die Menschen auf der Straße für den Friedens- und antifaschistischen Kampf zu mobilisieren, steht auch die Stärkung unserer Partei im Osten im Mittelpunkt.

Die DKP orientiert und unterstützt ihre Mitglieder und Grundeinheiten und ruft die Gesamtpartei auf aktiv die Genossen in ihren eigenständigen Antritt und Eingriff in den Wahlkampf als DKP zu unterstützen.

Der Parteivorstand wird die Parteigliederungen in Mecklenburg Vorpommern und Berlin aktiv bei der materiellen und finanziellen Sicherstellung zur Durchführung der Eigenkandidaturen unterstützen.

Der Parteivorstand wird Unterstützung leisten bei der Erstellung:

- eines medial einheitlichen Öffentlichkeitsmaterial
- eines wahlkampforientiertem Internetauftrittes
- von Fernseh- und Radiowerbung
- von Druckmaterialien, wie z.B. einer „UZ-Extra Wahl“ und anderen Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit der Partei

Des Weiteren unterstützt der Parteivorstand bei der Mobilisierung von Genossinnen und Genossen aus dem Bundesgebiet für dezentrale Aktionstage und -wochen in Mecklenburg Vorpommern und Berlin.

(Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen. Das Thema wird auf der 3. PV-Tagung erneut aufgerufen.)

4. Vorlagen zur Kenntnis

Ansprechbereiche im Sekretariat

1. Ansprechpartner für Bezirke, die nicht im Sekretariat angebunden sind:

Niedersachsen/Bremen: Klaus L.
Hessen: Günter P.
Schleswig-Holstein: Olaf H.
Nordbayern: Hans-Peter B.
Südbayern: Patrik K.
Baden-Württemberg/Saarland/Rheinland-Pfalz: Wera R.
Ostdeutsche Bundesländer: Michael G.

2. Ansprechpartner für Kommissionen und Bereiche

Kommission Marxistische Theorie und Bildung: Hans-Peter B. (Leiter)
Geschichtskommission: Patrik K.
Kommission Betrieb und Gewerkschaft: Olaf H. (Leiter)
Antifa-Kommission: Michael G.
Kommission Frieden/Antimilitarismus: Patrik K.
Frauen-Arbeitskreis: Wera R.
Jugend/SDAJ: Wera R.
DKP Queer: Olaf H.
Umwelt-Kommission: Hans-Peter B.
Ost-Koordination: Michael G.
Internationale Kommission: Günter P. (Leiter)
AG Kuba: Günter P.
Finanzkommission: Klaus L. (Leiter)

19. UZ-Pressfest, 1. - 3. Juli 2016, Dortmund Revierpark-Wischlingen

(Entwurf! Hier kann sich immer noch etwas ändern)
Zentrales Kulturprogramm

1. Hauptbühne

Samstag, 2. Juli

- Internationales Meeting gegen den Krieg mit internationalen Gästen, Kulturbeiträgen (z.B. musikandes) und Rede Patrik Köbele (Extra-Konzeption)
- Grup Yorum
- 44 Leningrad

Sonntag, 3. Juli

- Walkabout Clearwater Chorus (noch nicht ganz klar)
- Klaus der Geiger mit dem KunstSalonOrchester (20 Personen)
- Esther Bejarano & Microphone Mafia (mit special guests)

2. Casa Cuba

Freitag, 1. Juli

- Heavy Gummi
- Compania Bataclan

Samstag, 2. Juli

- Quijote
- Le Blech
- Bernd Köhler: »Unser die Welt – trotz alledem!«
- Kubanische Band

Sonntag, 3. Juli

- Musikandes
- Grenzgänger, Lieder aus den Konzentrationslagern
- Free Willy, Arbeiterlieder aus Österreich

3. Eishalle

Samstag, 2. Juli

- Diskussion des Frauenarbeitskreises zu „Industrie 4.0“
- **Brecht-Programm**
- Gina Pietsch
- Erich Schaffner und Georg Klemp
- Diskussion zur Aktualität Brechts, u.a. mit Dietmar Dath, Gina Pietsch, Carmen Maja Antoni, Arnold Schölzel, Moderation: Nina Hager
- Hans-Beimler-Chor
- Quijote

Sonntag, 3. Juli

- Matinee des PV mit Erich Schaffner u.a.: „70. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD zur SED“
- Hans-Karsten Raecke: „Deutschland, ein Wintermärchen“
- „Die Gewehre der Frau Carrar“, Szenische Lesung

4. Jugendbereich

Freitag, 1. Juli

- Arbeiterliederabend mit Achim Bigus
- **Samstag, 2. Juli**
- Compania Bataclan
- Redska, Italien

5. Kinderbereich

Samstag, 2. Juli

- Jane Zahn

Sonntag, 3. Juli

- Frederik Vahle

6. Zentrales Konzert/Bühne Ruhr-Westfalen

Freitag, 1. Juli

- The Movement, Dänemark
- Redska, Italien

7. Zentrale KünstlerInnen in den Bezirkbeiträgen

- Achim Bigus, Osnabrück
- Duo Cuppatea, Münster
- Free Willy, Österreich
- Heavy Gummy, Düsseldorf
- Kai Degenhardt, Hamburg
- Sonja Gottlieb, Ida Oberstein

- Klaus der Geiger, Köln
- Frank Laubenburg, Düsseldorf
- Gruppe Gutzeit, Hamburg
- Le Blech, Düsseldorf
- Mapato, Dortmund
- Musikandes, Saarbrücken
- Werner Lutz, Erlangen
- Microphone Mafia, Köln
- Ruam, Nby
- Schagsaiten Quantett, Aachen
- Peter Schenzer & Dirk Wilke, Hamburg
- Walkabout Clearwater Chorus, USA
- Jane Zahn, Rheinsberg

Zentrales politisches Programm/Runden Parteivorstand

1. Matinee 70. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD zur SED beim UZ-Pressesfest

Zeitpunkt: Sonntag Vormittag, Ort: Eishalle

Die Matinee besteht aus folgenden Bestandteilen:

- 3 kurze Themenblöcke (jeweils ca. 15 Minuten), in denen die folgenden Themen mit Gedichten, Musikstücken, Zitaten (keine Reden) dargestellt werden:
 - * Die Spaltung der Arbeiterbewegung erleichterte dem Kapital die Machtübergabe an die Faschisten, der Faschismus lehrte die Notwendigkeit der Einheit
 - * die Gründung der SED im Kampf um ein einheitliches antifaschistisch-demokratisches Deutschland
 - * die Spaltung Deutschlands, die Gründung der DDR, die Hinwendung zum Aufbau des Sozialismus
- Rede: „Trotz alledem – die SED eine Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse“
Ein Fazit im Rückblick mehr als ein Vierteljahrhundert nach der Konterrevolution und dem Ende der SED, darin sollen die Leistungen der SED im Vordergrund stehen, aber auch nachdenkliche Worte zum Verlust von Autorität und Avantgarderolle zur Verwandlung der SED in die PDS benannt werden.
Dauer: 20 Minuten – Redner (entweder hochrangig frühere DDR oder hochrangig DKP)
- Auszeichnung von Genossinnen und Genossen der ersten Stunde, für 70 Jahre und mehr Mitgliedschaft in der kommunistischen Bewegung (SED, KPD, FDJ)

2. Zentrale Diskussionsrunden

- 60 Jahre KPD-Verbot (Vorbereitung und Konzeption durch die Geschichtskommission)
- Friedensbewegung gibt's die noch? (vw: Patrik Köbele)
- Gegen Nazis demonstrieren, blockieren? Und sonst? (Antifa-AG)
- Schreibtisch und Werkbank – dein Kampfplatz für den Frieden? (vw: Patrik Köbele)
- Flucht, Nationalismus und soziale Frage (vw: Hans-Peter Brenner)
- TTIP (vw: Olaf Harms)
- Zukunft der Arbeit (vw: Olaf Harms)

3. Programm des Frauenarbeitskreises:

Samstag:

Diskussionsrunde zu Industrie 4.0
Lesung mit Doris Gercke (angefragt)
16:00 Uhr. Modenschau mit Karl Lagerfeld (Frauenarbeitskreis Essen)

Sonntag:

Vortrag & Diskussion mit einer Kundschafterin oder einer DDR-Staatsanwältin (angefragt)

Fahrplan Öffentlichkeitsarbeit UZ-Pressesfest 2016

1. Ausgangslage

Auf Grundlage des Beschlusses des 21. Parteitages für ein UZ-Pressesfest 2016 wurde die Öff-Arbeit bereits in verschiedenen Fragen angegangen. Hierzu zählen:

- Entwicklung eines neuen Key-Visuals für das UZ-Pressesfest 2016 (Kafenzmann im Ballon mit Antifa- und Friedensballon). Bereits in der Phase der Spendensammlung vor dem 21. Parteitag entwickelt (hier noch mit "Sparschwein"-Ballon) wurde das Key-Visual jetzt zum zentralen Motiv weiterentwickelt (jetzt mit "Rosettenballon"). Die Key-Visualentwicklung verfolgt u.a. auch den Ansatz, den Charakter des Pressesfestes mit seiner Friedens- und Antifa-Schwerpunktsetzung zu unterstreichen und kommt medienübergreifend zum Einsatz.
- Die ersten Printmaterialien (Flyer & Plakate) sind in der 2. Auflage in Druck gegangen und standen am LL-Wochenende 2016 zur Verfügung und stehen im UZ-Onlineshop zur Verfügung.
- Zum LL-Wochenende 2016 fand ein Relaunch der Internetseite uz-presesfest.de statt. Die Seite ist entsprechend des neuen Key-Visuals gestaltet und u.a. endgeräteoptimiert (für Smartphones, Tablets etc.) angelegt und ist redaktionell über ein Content Management System (CMS) browserbasiert betreibbar. Weiterhin ist eine Facebookseite für das UZ-Pressesfest 2016 eingerichtet.
- Zwischen dem Compress Verlag und dem 8. Mai-Verlag ist ein Anzeigenplan für die Bewerbung des Pressesfestes in den Medien des 8. Mai-Verlags festgelegt worden.

Weiterhin stattgefunden hat im Spätsommer 2015 am Rande einer PV-Sitzung eine Sitzung zwecks Abstimmung der Öff-Arbeit für das Pressesfest 2016. (...)

Bis dato ist die Öff-Arbeit im Vergleich zum letzten Pressesfest 2014 planmäßig angelaufen. Defizite wie in Berichterstattung in Parteimedien oder Internetpräsenz wurden jetzt u.a. durch eine optimierte Aufgabenverteilung angegangen mit entsprechenden ersten Ergebnissen (z.B. Internetauftritt).

2. Bestandteile Öff-Arbeit

Mit der Entwicklungsphase des Key-Visuals, der ersten Printmaterialien und der 1.0-Version des Internetauftritts ist die Phase I der Öff-Arbeit für Pressesfest beendet. In Phase II wird es jetzt um eine Intensivierung und Ausweitung der Öff-Arbeit gehen.

a) Printmaterial

Für die Mobilisierung stehen weiterhin die bis jetzt produzierten Printmaterialien zur Verfügung, die ggf. in einer neuen Auflage produziert werden. Weiterhin werden Printmaterialien ausdifferenziert für Werbung in der Region und Adressaten wie Jugendliche. Hierzu zählen im Einzelnen:

* **Flyer, 3. Auflage:** Der Flyer in der 3. Auflage wird ausgeweitet zu einem Faltblatt, das redaktionell ergänzt wird durch einen groben Programmüberblick u.a. insbesondere der Bewerbung von musikalischen Hauptacts.

- **Großformataufkleber:** Für die regionale Werbung werden großformatige Aufkleber (A4) produziert, die den Gliederungen im Ruhrgebiet zur Verfügung stehen und sich dafür eignen im öffentlichen Bereich (vor allem auf Abfallbehältern) eingesetzt zu werden. Dabei sollen die Aufkleber verschiedene Aspekte wie Antifa- und Friedenspolitik transportieren und so auch das politische Profil des Pressesfestes schärfen. Insbesondere in Dortmund kann die Partei damit auch ein Zeichen setzen gegen das Agieren der neofaschistischen Partei "Die Rechte" und ihren Versuchen, die Friedensfrage politisch zu besetzen.
- **Plakate Hauptact:** Neben den regulären Pressesfestplakaten werden für die regionale Werbung zusätzlich Plakate mit dem musikalischen Hauptact aufgelegt, die in erster Linie als Aushänge vorgesehen sind.
- **Plakate / Flyer Jugendbereich:** Um Jugendliche gezielt anzusprechen, ist ein eigenes Material zu erstellen, für deren Umsetzung die SDAJ gewonnen werden soll. Ein A6-Flyer und ein A2-Plakat (der Jugendverband geht auch kleben) dürften hier als Grundausrüstung ausreichend sein.

b) Internet 2.0-Version

Während es bei der 1.0-Version darum ging, den Torso der neuen Seite einzurichten, wird mit der 2.0-Version der Schritt gegangen, den Gebrauchswert der Seite in Form einer detaillierten Programm-, Referenten- und Künstlerübersicht zu erhöhen. Auf diese Weise wird es interessierten möglich sein, sich frühzeitig über Programmpunkte zu informieren, der Programmleitung ist es möglich, dass Programm Stück für Stück zu präsentieren (oder auch ggf. zu ändern) und durch die endgeräteoptimierte

Anlage der Seite, können Besucher des Pressefestes sich auch noch auf dem Pressefest selbst via Smartphones und Tablets einen Überblick verschaffen. Weiterhin stehen mit der News- und Tagebuchrubrik auf der Seite Kanäle zur Verfügung, um eine Stimmung aufzubauen, die sich redaktionell unterhalb der Schwelle von UZ-Artikeln bewegt.

c) PR-Arbeit

Die PR-Arbeit unterteilt sich im Wesentlichen in die das Verfassen von Pressemitteilungen und Artikeln sowie die Anzeigenschaltung print / online in befreundeten und eigenen Medien der Gliederungen. Im Gegensatz zum letzten Pressefest stehen dieses Mal mehr Kapazitäten zur Verfügung um redaktionelle Beiträge zu erstellen für die Pressearbeit. Maßnahmen im Überblick:

- Erstellen einer grundsätzlichen Presseerklärung, in der das Pressefest vorgestellt wird und die ggf. durch Programmhilights überarbeitet wird. Zusammen mit Bilddaten werden diese Texte den Gliederungen zur Verfügung gestellt und im Pressebereich der Internetseite zum Download angeboten. Das Material ist insbesondere für die PR-Arbeit in der Region wichtig, um mit fertigem Material an die lokale Presse heranzutreten.
- Erstellen von Pressemitteilungen aus aktuellem Anlass. Um sich vor allem regional gezielt für die Presse interessant zu machen, gehe zeitnah vor dem Pressefest Pressemitteilungen raus, in denen klar antifaschistische und friedenspolitische Statements abgegeben werden, am besten verstärkt durch Testimonials von namenhaften Künstlern, die auf dem Pressefest auftreten.
- Für eine gezielte PR-Arbeit im Spektrum des LINKEN werden im Rotfuchs Interviews mit Patrik zum UZ-Pressefest untergebracht.
- Neben Anzeigen- und Webbannerschaltung in den Medien des 8. Mai-Verlags (jW & M&R) handelt der Compress Verlag auch einen Anzeigenplan mit dem Neuen Deutschland aus. Weitere Anzeigenschaltungen auf regionaler Ebene sind in Absprache mit den Gliederungen vor Ort sinnvoll.
- Für die Kleinzeitungen / Flugblätter der Grundgliederungen sowie ihre Internetauftritte werden von zentraler Seite entsprechende Anzeigenformate und Webbanner zur Verfügung gestellt.

d) Werbung in der Region / in Dortmund

Bereits unter mehreren Unterpunkten wurden spezielle Maßnahmen für die Mobilisierung vor Ort festgelegt. Damit kann von zentraler Seite eine wichtige Unterstützungsarbeit geleistet werden. Im Detail und konkret muss die Öff-Arbeit aber verantwortlich von Genossinnen und Genossen vor Ort in die Hand genommen werden. Der Gesamt-VW nimmt hierfür den Kontakt zur Bezirksleitung Ruhr-Westfalen und dem Kreisvorstand Dortmund auf und orientiert auf ein gemeinsames Treffen (Terminvorschlag siehe Zeitplan).

3. Zeitplan

Anfang März:

- Interview mit Patrik im Rotfuchs 3/2016
- Erstellen Pressemitteilung Pressefest & Anzeigenvorlagen + Webbanner für Grundgliederungen

Treffen Abstimmung Öff-Arbeit Ruhr/Dortmund in Essen

Mitte März:

- Beginn Tagebucheinträge Internetseite
- Onlinegang Programmübersicht (Startpunkt - es wird dauern bis sich der Bereich auffüllt)
- Erste Anzeigenschaltung in jW
- Abstimmung Anzeigenplan ND

Ab 21. März: Auflegen Flyer 3. Auflage (für Ostermärsche)

Ab Mitte April (für den 1. Mai):

- Öff-Material Jugendbereich
- Printmaterial für Hauptacts
- Anzeigenschaltungen im ND (& M&R + jW)

Ab Anfang Juni:

- Anzeigenschaltungen in regionalen Nachrichten
- Citylightschaltungen in Dortmund
- Anzeigenschaltungen in jW + ND

- Antifa-Pressemitteilungen für regionale Presse
-

Handreichung zur Teilnahme an den Bundestagswahlen 2017

1. Man kann an den Bundestagswahlen mit 2 Formen teilnehmen:
 - Kreiswahlvorschläge
 - LandeslistenDie Möglichkeit einer Bundesliste gibt es nicht.
2. Kreiswahlvorschläge werden von einer Versammlung der wahlberechtigten Mitglieder der Partei im Wahlkreis oder einer entsprechenden Vertreterversammlung aufgestellt. Landeslisten von einer Versammlung der wahlberechtigten Mitglieder des Bundeslands bzw. einer entsprechenden Vertreterversammlung.
3. Wird die Form einer Vertreterversammlung (Delegiertenkonferenz) gewählt, dürfen die Delegierten nicht vor dem 23.3.2016 gewählt worden sein.
4. Die Konferenzen zur Aufstellung von Wahlkreiskandidaturen bzw. Landeslisten dürfen nicht vor dem 23.6.2016 durchgeführt werden.
5. Nach unserem Statut müssen Kreiskonferenzen mit einer Frist von 4 Wochen unter Angabe der Tagesordnung und Landeskonferenzen mit einer Frist von 6 Wochen unter Angabe der Tagesordnung einberufen werden.
6. In NRW und Bayern, Bundesländern mit 2 Bezirksorganisationen kann durch die jeweiligen beiden Bezirksvorstände eine gemeinsame Konferenz einberufen werden.
7. Landeslisten können nur von Parteien aufgestellt werden.
8. Mitglieder anderer Parteien dürfen nicht aufgestellt werden.
9. Kreiswahlvorschläge müssen von mindestens 200 Wahlberechtigten des Wahlkreises unterzeichnet werden.
10. Landeslisten von 2000 Wahlberechtigten des Bundeslandes (Ausnahmen: Saarland, Bremen, Hamburg und Thüringen dort zieht die Regelung 1 Promill der Wahlberechtigten der letzten Bundestagswahl, das sind ca: Saarland: 800, Bremen: 500, Hamburg: 1.300, Thüringen: 1.900)
11. Unterstützungsunterschriften dürfen erst gesammelt werden, wenn der Wahlvorschlag aufgestellt ist.

12. Formular und Vordrucke (Einreichung von Wahlvorschlägen, Sammlung von Unterschriften) gibt es bei den Kreiswahlleitern bzw. Landeswahlleitern
 13. Abgabetermin für Unterschriften etc. ist der 69. Tag vor der Bundestagswahl. (Der Termin steht noch nicht fest, er wird zwischen Ende August und Ende Oktober 2017 liegen)
 14. Voraussetzung für alles ist die Abgabe einer Beteiligungsanzeige durch den Parteivorstand. Diese werden wir im März 2016 abgeben.
-